

Bericht des BM zur SVV am 25.06.2020

1. Informationen zur Essenversorgung in den Schulen

Zur Essenversorgung wurden die Schulleitungen um eine Einschätzung gebeten. Überwiegend waren es Qualitätsmängel, die von den Schulleitungen und Eltern kritisiert wurden. Mit dem Essenversorger gab es ebenfalls eine Verständigung und die Aufforderung zur Stellungnahme. Dem kam der Essenversorger nach und führte selbst die erschwerten Bedingungen mit Schließung der Küche Am Weidendam, den geringen Essenbestellungen, den finanziellen Verlusten und der nicht mehr gesicherten Ausgabekraft aus wirtschaftlicher Sicht an. Am 15.06.2020 wurde wieder die Herstellung der Mittagsverpflegung in der Küche Am Weidendam vorgenommen. Der Essenversorger geht jedoch davon aus, dass auch im neuen Schuljahr Einschränkungen und Veränderungen im Schulbetrieb nicht auszuschließen sind, so dass weiterhin die Situation für die Essenversorger akut gefährdet ist. Der Essenversorger steht weiterhin in stetiger Kommunikation mit den Schulleitungen, insbesondere zur Abstimmung für das neue Schuljahr. Die Schulen hoffen, dass mit Aufnahme des Regelschulbetriebes ab 10.08.2020 die Problematik positiv abgeschlossen werden kann und auch wieder eine Ausgabekraft das Essen verteilt. Der zuständige Fachbereich der Hauptverwaltung unterstützt intensiv die Schulen bei der Lösung der Problematik.

2. Stand der Baumaßnahme Sanierung Bahnhofsgebäude

Der Bau- und Ordnungsausschuss hat in seiner Sitzung am 02.06.2020 um die aktuelle Kostenverfolgung gebeten. Mit der IV30/2020 wurde dieser Bitte entsprochen und dargestellt, dass prognostisch die verfügbaren Haushaltsmittel für die verbleibenden Baumaßnahmen im 1. BA möglicherweise nur geringfügig überschritten werden. Die Fertigstellung ist für Anfang Oktober 2020 vorgesehen. Voraussetzung ist die umgehende Auftragserteilung nach der Beschlussfassung zu den Auftragsvergaben.

3. Einschätzung der finanziellen Auswirkungen durch Corona-Pandemie

Mit der Informationsvorlage IV18/2020 am 16.04.2020 wurde bereits eine erste grobe Einschätzung zu den finanziellen Folgen durch die Corona-Pandemie der Stadtverordnetenversammlung übergeben. Auch bis zum heutigen Tage sind keine verbindlichen Einschätzungen zu den Auswirkungen auf die Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer möglich. Durch Bund und Land Brandenburg sollen die möglichen Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 vollständig kompensiert werden. Eine Kassenkreditaufnahme zu Sicherung der Liquidität wird gegenwärtig nicht erforderlich sein. Bei der Vergnügungssteuer ist eine Minderung um 50 % zu erwarten durch eine Gewerbeabmeldung. Bei den Benutzungsgebühren sind bisher Ertragsausfälle in Höhe von 3.400 Euro entstanden. Die Aufwendungen für Schutzmaterial und Sachaufwendungen werden sich um ca. 64.700 Euro im Jahr 2020 erhöhen.

4. Aussichten für kommunalen Rettungsschirm durch Corona-Pandemie
Wie bereits erwähnt, sollen die möglichen Gewerbesteuerausfälle durch den Bund und Land Brandenburg vollständig ausgeglichen werden. Ein pauschaler Mehrbelastungsausgleich von 12 Euro je Einwohner würde für Bad Freienwalde (Oder) ca. 147.300 Euro bedeuten. Darüber hinaus sollen in Sofortprogrammen weitere Unterstützungen ermöglicht werden, wie z.B. beim Digitalpakt Schule zum Kauf von Endgeräten nach den Sommerferien 2020, im Programm „GRW“ soll durch wesentlichen Mittelabfluss die konjunkturelle Wirkung für 2020 und 2021 sichergestellt werden. Auch beim weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung soll durch ein Investitionsprogramm mit einem Zuschuss bis höchstens 54 % der investiven Kosten unterstützt werden.
5. INSEK nächste Verfahrensschritte
Der Vorsitz der SVV wurde informiert und um Terminabstimmung für das Strategiegespräch mit den Stadtverordneten in der 33. KW 2020 (10.08. bis 14.08.2020) gebeten. Die interne Steuerungsrunde der Verwaltung mit dem Planungsbüro wird dazu am 07.07.2020 die Vorbereitungen erörtern.
6. TAVOB Verbandsversammlung 09.07.2020
Der TAVOB wird in einer zusätzlichen Verbandsversammlung die Heilungssatzungen erörtern, um die vom Gericht für die Jahre 2017 bis 2018 festgestellten Mängel sowie auch vorbereitend für 2019/ 2020 zu beseitigen. Die Grundsätze der Haushaltswirtschaft und des Abgabengesetzes zur Einnahmebeschaffung sollen damit gesichert werden. Der Antrag der SVV zur Abschaffung der Beiträge wird ebenfalls auf der Tagesordnung der Verbandsversammlung enthalten sein.
7. Ablauf Straßeninstandsetzungsmaßnahmen
Die beschlossenen Straßeninstandsetzungsmaßnahmen „Lindenstraße“ und „Neukietz“ werden gegenwärtig ausgeschrieben. Nach der Submission am 08.07.2020 sollen die Fachausschüsse ab 18.08.2020 bis zur SVV am 10.09.2020 die Vergabebeschlüsse beraten. Die Durchführung der Arbeiten ist dann bis zur 41. KW 2020 vorgesehen.

Gez. Lehmann
25.06.2020